

Erklärung zum Positionspapier der KLJB Freiburg zum Thema Transatlantisches Handelsabkommen (TTIP)

Was ist ein Freihandelsabkommen?

Ein Freihandelsabkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Dieser baut die Unterschiede im Handel zwischen den Vertragspartnern ab und ermöglicht einfacheren Außenhandel. Dies kann ein erster Schritt sein zu einer engeren wirtschaftlichen Integration zwischen Ländern. Die Zoll- und Barrierefreiheiten des Handels werden in einem Freihandelsabkommen neu definiert und zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt. Dadurch sollen Exporte gesteigert und ein Vorteil bei der Güterverteilung erreicht werden.

Wie kam das Transatlantic Trade and Investment Partnership oder kurz TTIP Zustande.

Am 17. Juni 2013 verkündeten der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso und US-Präsident Barack Obama den Start der Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen, auf Englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership oder kurz TTIP.

Das Ziel ist es, die zwei weltweit größten Wirtschaftsräume durch weiteren Zollabbau und einheitliche Standards zusammenzuschließen. Da die USA und Europa füreinander jeweils die wichtigsten Handelspartner sind, ist die Idee für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht neu.

So gab es auch in der Vergangenheit schon Abkommen zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa. Schon in den 60ern wurden Organisationen für den Austausch zwischen den USA, Kanada und Europa ins Leben gerufen. 1997 wurden dann im Mutual Recognition Agreement gemeinsame Standards, überwiegend im technischen Bereich, zwischen den USA und der EU vereinbart. 2007 richteten die EU und die USA den Transatlantischen Wirtschaftsrat ein. Im November 2011 richtete dieser die High Level Working Group on Jobs and Growth ein. Aufgabe der Working Group ist es, verschiedene Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den USA zu prüfen.

Als die Working Group am 11. Februar 2013 ihren Abschlussbericht vorlegte sprach sie sich für ein umfassendes Handels- und Investitionsschutzabkommen aus. Zwei Tage später erklärten Barroso und Obama das Ziel eine Freihandelszone einzurichten. Seit 17. Juni 2013 finden die Verhandlungen zu TTIP statt. Momentan läuft die 8. Verhandlungsrunde (Stand: Februar 2014). Die Verhandlungen finden geheim statt, doch über geleakte Dokumente gelangten Informationen an die Öffentlichkeit. Seither regt sich Widerstand in der europäischen Bevölkerung.

Positionspapier der KLJB Freiburg zum transatlantischen Handelsabkommen (TTIP)

Wir in der KLJB Freiburg befürchten, dass die in TTIP enthaltenen Entscheidungen und Abkommen unsere ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Standards massiv beeinflussen werden.

Desweiteren sehen wir mit großer Besorgnis, wie TTIP zustande kommt. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt und über den Inhalt des Vertrages ist nicht viel bekannt. Trotz öffentlichen Drucks hat sich dies nur marginal und unzureichend geändert. Durch die Geheimhaltung ist ein demokratisches Mitwirken der Öffentlichkeit, demokratisch gewählter Vertreter, Organisationen der Zivilgesellschaft und Verbände nicht möglich.

Deswegen fordern wir, dass alle bisherigen und zukünftigen Verhandlungsergebnisse veröffentlicht werden, damit dem Demokratieprinzip entsprochen wird.

Inhaltlich fordern wir die Einhaltung folgender Gesichtspunkte:

1. Investorenschutz im Kleinen

Durch ein Sonderklagerecht, das Großkonzerne und Investoren privilegiert, wird die Handlungsfreiheit kleinerer Unternehmen und Politiker extrem eingeschränkt - beinahe erstickt. Diese Macht durch Geld darf nicht legitimiert werden und Mensch und Umwelt gefährden.

Wir fordern, auf spezielle Investitionsschutzregelungen zu verzichten, da diese der Wirtschaft uneingeschränkte Freiheit gewähren würden.

2. Erhalt der kulturellen Vielfalt

Öffentliche Kulturangebote und Dienstleistungen (z.B. Museen, Theater) sollen durch TTIP auf ihre Rentabilität hin bewertet und angeboten werden. Das würde für viele, bisher selbstverständliche, Angebote das Aus bedeuten.

Wir fordern, dass die Vielfalt, die unsere Bildung und Kultur prägt, erhalten bleibt - die öffentliche Hand darf ihrer Verantwortung deshalb nicht beraubt werden und muss jene materiell und ideell fördern dürfen.

3. Verbraucherschutz

Die geltenden Gesetzesvorgaben in der Lebensmittelindustrie könnten durch die Anerkennung der jeweils geringeren Standards des Handelspartners in der gesamten Freihandelszone aufgeweicht werden. Dies würde einen gewaltigen Rückschritt im Verbraucherschutz bedeuten. Die unterschiedlichen Zulassungsprinzipien in den USA und der EU könnten ermöglichen, dass Produkte (auch Medikamente) auf den Markt gebracht werden, die noch nicht ausreichend getestet wurden. Erst nach konkreten Unverträglichkeitsfällen würden diese dann nachträglich wieder aus dem Handel zurückgezogen. Dies würde unsere Lebensstandards drastisch beeinflussen.

49 *Wir fordern, dass bei Abschluss von TTIP gemeinsame Lebensmittelstandards von*
50 *demokratisch gewählten Vertretern der EU und der USA eingeführt werden, die die*
51 *Verbraucherrechte bestmöglich schützen. Das Vorsorgeprinzip muss in jedem Fall*
52 *erhalten bleiben.*

53

54 **4. Allgemeiner Zugang zur Grundversorgung**

55 Durch TTIP wird die Privatisierung der Grundversorgung vereinfacht. Dadurch kann
56 keine flächenmäßig einheitliche Grundversorgung gewährleistet werden.

57

58 *Wir fordern, dass lebensnotwendige Güter wie Wasser, Lebensmittel, Energie und*
59 *Bildung für jeden zugänglich sein müssen. Nur so steht das menschliche Wohl im*
60 *Vordergrund.*

61

62 **5. Erhaltung ökologischer Standards in der Landwirtschaft**

63 Durch die Standards, die TTIP mit sich bringt, ist eine Verdrängung kleinbäuerlicher
64 Landwirtschaft zu befürchten. Auch würde die zunehmende Industrialisierung der
65 Landwirtschaft durch TTIP gefördert. Unsere bisherigen regionalen Strukturen würden
66 zerstört und einheimische Futterpflanzen vom Markt verdrängt. Negative Einflüsse auf
67 die Biodiversität sind dadurch zu erwarten.

68

69 *Wir fordern als KLJB den Erhalt kleinbäuerlicher, regionaler Landwirtschaft und die*
70 *schonende Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen. Außerdem fordern wir, die*
71 *großflächige Ausbeutung der Flächen durch Überdüngung, Monokulturen, massiven*
72 *Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Gentechnik zu reduzieren.*

73

74 **6. Ökologie und Umweltschutz**

75 Die Umwelt wird durch die Standards von TTIP bedroht. In den letzten Jahren sind die
76 USA ein großer Exporteur für Erdgas und Öl geworden. Nach den TTIP-Standards
77 könnte sich für das umstrittene Fracking ein neuer großer Markt erschließen. Diese
78 Fördermethode ist zwar lukrativer, doch die Auswirkungen sind bisher nicht abschätzbar.
79 Für den Handel werden immer häufiger lange Transportwege zurückgelegt, wodurch der
80 regionale Markt untergraben wird. Dieser Trend wird durch TTIP deutlich verstärkt.

81

82 *Wir fordern, dass auch hier das bei uns bestehende Vorsorgeprinzip gilt. Besonders für*
83 *das umwelt- und klimaschädliche Fracking-Verfahren darf in keinem Fall das*
84 *Nachsorgeprinzip angewandt werden. Ein klima- und ressourcenschonendes und*
85 *gerechtes Wirtschaften muss auf beiden Seiten des Atlantiks gelten.*

86

87

88 **Solange eine Veränderung in der Haltung der Akteure nicht erkennbar ist,**
89 **sprechen wir uns für einen sofortigen Stopp der Verhandlungen zu TTIP aus.**